

Stand: 03.07.2025 21:21:25

Initiativen auf der Tagesordnung der 45. Sitzung des HA

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4092 vom 25.11.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5670 des HA vom 05.02.2025
3. Initiativdrucksache 19/4111 vom 18.11.2024
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4509 des HA vom 05.12.2024
5. Initiativdrucksache 19/4119 vom 27.11.2024
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4510 des HA vom 05.12.2024
7. Initiativdrucksache 19/4128 vom 27.11.2024
8. Initiativdrucksache 19/4150 vom 27.11.2024
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4511 des HA vom 05.12.2024



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katastrophenschutz zukunftsfest aufstellen – Mehr dringend benötigtes Personal an den Regierungen schaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- endlich das im Konzept Katastrophenschutz Bayern 2025 angekündigte zusätzliche Personal für die Regierungen zu schaffen, das bisher trotz Ankündigung durch die Staatsregierung nicht im Haushalt 2024/2025 enthalten ist,
- gleichzeitig dafür zu sorgen, die Durchhaltefähigkeit des Personals für die Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK) sicherzustellen und schließlich
- umgehend mit den Landratsämtern und kreisfreien Städten Bedarfsplanung für Personal aufzustellen und nötige Stellen aus dem Staatshaushalt bereitzustellen.

Begründung:

Das Konzept Katastrophenschutz Bayern 2025 der Staatsregierung sieht in einer der zwölf Empfehlungen u. a. die personelle Stärkung der Katastrophenschutzbehörden vor. Bislang wurden bei den Regierungen aber noch keine zusätzlichen Stellen geschaffen, obwohl diese vielfältigen Aufgaben des Katastrophenschutzes wahrzunehmen haben.

Der Stellenaufwuchs wurde zwar groß angekündigt, aber noch immer nicht realisiert. Der Doppelhaushalt 2024/2025 sieht keine Stellenmehrung vor, obwohl der Beschluss des Ministerrates vom 23.01.2024 die Schaffung von zusätzlichen 32 Vollzeitstellen für den Zivil- und Katastrophenschutz an den sieben Regierungen angekündigt hatte.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/4092

Katastrophenschutz zukunftsfest aufstellen - Mehr dringend benötigtes Personal an den Regierungen schaffen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Tim Pargent**
Mitberichterstatter: **Daniel Artmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 5. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

ASP noch entschlossener bekämpfen: Anreize zur Tierseuchenbekämpfung erhöhen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Aufwandsentschädigungen zur Reduktion der Wildschweindichte für das Jahr 2025 zu erhöhen.

Dabei sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Die Beprobung von Wildschweinen im Rahmen des ASP-Monitorings (ASP = Afrikanische Schweinepest) (Beprobung von tot aufgefundenen und krank erlegten Wildschweinen) soll künftig mit einer Aufwandsentschädigung von 30 Euro pro Tier vergütet werden.
- Im kommenden Jagdjahr soll die Aufwandsentschädigung für erlegte Wildschweine auf 80 Euro pro Tier erhöht werden. Für erlegte Wildschweine aus Landkreisen und kreisfreien Städten, die an Sachsen, Thüringen sowie die Tschechische Republik angrenzen, soll darüber hinaus eine erhöhte Aufwandsentschädigung von 150 Euro erstattet werden.

Die Finanzierung erfolgt über Kap. 12 08 Tit. 681 59.

Begründung:

Die sogenannte Aufwandsentschädigung hat sich als wichtiges Instrument zur Prävention und Bekämpfung der ASP etabliert. Diese wird in Bayern für den Abschuss von Frischlingen, Überläuferbachen und Bachen, die für die Aufzucht von Jungtieren nicht notwendig sind, sowie für Keiler und Überläuferkeiler ausbezahlt. Um die Anreize für unsere heimischen Jäger weiter zu erhöhen und das Seuchengeschehen effektiver einzudämmen, sollten die Aufwandsentschädigungen im kommenden Jagdjahr weiter erhöht werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier
u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 19/4111

**ASP noch entschlossener bekämpfen: Anreize zur Tierseuchenbekämpfung er-
höhen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Andreas Winhart**
Mitberichterstatter: **Felix Freiherr von Zobel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 5. Dezember 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Versprochenen Stellenzuwachs bei Lehrkräften umsetzen – Zukunft der Bildung sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den ursprünglich angekündigten Stellenzuwachs bei Lehrkräften vollständig und zeitnah umzusetzen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass die zugesagte Aufstockung des Lehrpersonals realisiert wird, um den steigenden Anforderungen im Bildungswesen gerecht zu werden.

Begründung:

Bildung ist das Fundament einer gerechten, nachhaltigen und zukunftsfähigen Gesellschaft. Der von der Staatsregierung versprochene Stellenzuwachs bei Lehrkräften soll nun ausbleiben – was dramatischen Folgen für Schulen, Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler haben wird.

Der Lehrkräftemangel in Bayern ist seit Jahren ein zentrales Problem. Insbesondere in Mittelschulen und in der beruflichen Bildung fehlen bereits heute zahlreiche Lehrkräfte. Aber auch die Gymnasien wird er in den nächsten Jahren sehr hart treffen. Das Ausbleiben des zugesagten Stellenzuwachses verschärft diese Krise weiter und führt zu Unterrichtsausfällen, größeren Klassen und einer Überlastung der verbleibenden Lehrkräfte. Das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs, das die Mehrarbeit von Grundschullehrkräften für unwirksam erklärt, verschärft die Situation an den Grundschulen zusätzlich. Die unrechtmäßig geleisteten Überstunden müssen zeitnah ausgeglichen werden. Ohne zusätzlichen Stellenzuwachs ist dies nicht zu bewältigen, ohne die Unterrichtsversorgung massiv zu gefährden.

Bildungsgerechtigkeit ist ein zentrales Ziel Grüner Bildungspolitik. Bereits jetzt hängt der Bildungserfolg von Kindern in Bayern stark von ihrer sozialen Herkunft ab. Fehlende Lehrkräfte verstärken diese Ungleichheit, da Kinder mit besonderen Bedarfen oder aus benachteiligten Verhältnissen besonders auf eine gute Betreuung durch Fachpersonal angewiesen sind.

Die Staatsregierung hat mit ihrer Ankündigung eines Stellenzuwachses Hoffnungen auf eine Verbesserung der Situation geweckt. Diese Hoffnungen dürfen nicht enttäuscht werden. Es braucht einen klaren politischen Willen, um die Bildungsqualität in Bayern zu sichern und die notwendigen Investitionen in Lehrkräfte umzusetzen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/4119

**Versprochenen Stellenzuwachs bei Lehrkräften umsetzen - Zukunft der Bildung
sichern!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Claudia Köhler**
Mitberichterstatler: **Stefan Frühbeißer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 46. Sitzung am 5. Dezember 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Dem guten Beispiel des Bundes folgen und in Ganztagsqualität investieren!
Kofinanzierung des Bundesprogramms „Ganztag in Bildungskommunen – Kommunale Koordination für Ganztagsbildung“ auf den Weg bringen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2025 ein das Bundesprogramm „Ganztag in Bildungskommunen – Kommunale Koordination für Ganztagsbildung“ ergänzendes Landesprogramm für die Finanzierung von Ganztagskoordinatoren auf kommunaler Ebene aufzunehmen. Mit diesem Landesprogramm soll der Freistaat 40 Prozent der Kosten für die Ganztagskoordinatorinnen und -koordinatoren übernehmen, sodass für die Kommunen nur noch ein Eigenanteil von 10 Prozent verbleibt.

Begründung:

Die Förderung ganztägiger Bildungsangebote ist eine wesentliche Maßnahme, um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Kinder in Bayern sicherzustellen. Die neuen Förderrichtlinien des Bundes bieten eine ausgezeichnete Grundlage für den Ausbau der Ganztagsbildung. Damit dieses Potenzial jedoch vollständig ausgeschöpft werden kann, ist es essenziell, dass der Freistaat nun nachzieht und die Kommunen unterstützt. Zusätzlich zur Bundesförderung für Ganztagskoordinatorinnen und -koordinatoren soll der Freistaat den größten Teil der für die Kommunen verbleibenden Kosten übernehmen.

Ganztagskoordinatorinnen und -koordinatoren sind essenziell für die Sicherstellung einer hohen Bildungsqualität in Ganztageseinrichtungen. Sie koordinieren die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendhilfe und zivilgesellschaftlichen Akteuren, um ein integriertes und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot zu gewährleisten.

Durch die Kofinanzierung und die damit verbundene Möglichkeit für alle Kommunen, Ganztagskoordinatorinnen und -koordinatoren einzustellen, kann Bayern sicherstellen, dass die vorhandenen Ressourcen effizient und zielgerichtet eingesetzt werden. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren sind in der Lage, lokale Bedürfnisse und Besonderheiten besser zu berücksichtigen, was zu einer optimalen Nutzung der Mittel führt. Dies verhindert Doppelstrukturen und fördert eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren im Bildungsbereich.

Der Fachkräftemangel im Bildungs- und Betreuungsbereich stellt eine erhebliche Herausforderung dar. Ganztagskoordinatorinnen und -koordinatoren können durch gezielte Maßnahmen und Kooperationen zur Fachkräftegewinnung und -bindung beitragen. Die Unterstützung durch den Freistaat würde diese Bemühungen stärken und somit zur

Stabilisierung und Verbesserung der Personalsituation in den Ganztageseinrichtungen beitragen.

Eine finanzielle Beteiligung des Freistaates an der Förderung der Ganztagskoordinatorinnen und -koordinatoren trägt maßgeblich zur sozialen Gerechtigkeit bei. Durch bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Ganztagsangebote werden insbesondere sozial benachteiligte Kinder besser gefördert. Dies unterstützt das Ziel, Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft zu ermöglichen und die Schere zwischen verschiedenen sozialen Gruppen zu schließen. Besonders wichtig ist diese zusätzliche Unterstützung durch den Freistaat für finanzschwache Kommunen, die oft nicht die Mittel haben, um solche wichtigen Positionen aus eigener Kraft zu finanzieren, denn gerade hier leben sozioökonomisch benachteiligte Kinder.

Die Übernahme eines Teils der Förderung für Ganztagskoordinatorinnen und -koordinatoren durch den Freistaat ist somit eine notwendige und sinnvolle Investition. Die Förderung des Freistaates soll, wie das Bundesprogramm, für die nächsten vier Jahre gewährt werden. Danach sollen Kommunen und Freistaat die Personalkosten zu je 50 Prozent tragen.



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Holger Gießhammer, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Katja Weitzel, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD**

Gute Arbeitsbedingungen, gute Pflege: Springerpools weiterfinanzieren!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Finanzierung des bayerischen Modellprojekts „Springerkonzept in der Pflege“ so lange fortzuführen, bis ein tragfähiges Konzept für eine dauerhafte Lösung in Kraft gesetzt wurde.

Begründung:

Das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention fördert seit 2023 Springerkonzepte in 33 Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten. Dafür wurden 7,5 Mio. Euro bereitgestellt. Das Modellprojekt der Springerpools dient der Überbrückung bei angespannter Personallage. Die Springer sollen Ausfälle kompensieren und das Pflegepersonal in den Einrichtungen entlasten. Auch können Springer helfen, den Anteil der teureren und für das Stammpersonal oft belastenden Leiharbeit zu verringern. Der ehemalige Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek erklärte im Sommer 2023, dass das Modellprojekt einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege und zur Bewältigung der allgemeinen Herausforderungen im Pflegesektor darstelle. Viele Einrichtungen wollen nicht nur ihre bisherigen Springer halten, sondern gerne weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Springer einstellen.

Nach nur einem Jahr Förderung soll nun Schluss sein. Ein sofortiger Förderstopp könnte jedoch dazu führen, dass der Springerdienst eingestellt wird und erfahrenes Pflegepersonal abwandert. Dies würde nicht nur die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte insgesamt verschlechtern, sondern auch die Qualität der Pflege in Bayern.

Das Modellprojekt Springerpool sollte in die Regelfinanzierung überführt werden. Ein neues Bundesgesetz schafft hierfür bereits eine rechtliche Grundlage. Es sieht vor, dass in Rahmenverträgen zwischen Pflegekassen und Pflegeeinrichtungen künftig auch Personalausfallkonzepte berücksichtigt werden. Die konkreten Verhandlungen stehen allerdings erst am Anfang. Auch die wichtige Evaluation des Modellvorhabens wird frühestens im ersten Quartal 2025 abgeschlossen sein. Bis dahin muss vonseiten des Freistaates eine Zwischenfinanzierung sichergestellt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher,
Holger Grießhammer u.a. SPD**
Drs. 19/4150

Gute Arbeitsbedingungen, gute Pflege: Springerpools weiterfinanzieren!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Harry Scheuenstuhl**
Mitberichterstatter: **Harald Kühn**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 5. Dezember 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender